



Interviews

Datum: 27. Dezember 2022

Klaus Hardt, außenpolitischer Sprecher der Union Bundestagfraktion, im Gespräch mit Dirk Müller

Dirk Müller: Der Krieg gegen die Ukraine geht seit über zehn Monaten, über 6.400 Zivilisten sind nach offiziellen UN-Angaben bislang getötet worden, die tatsächliche Gesamtzahl wird wohl wesentlich höher liegen. Zehntausende Menschen sind zum Teil schwer verletzt worden. Die Bombardierungen der russischen Streitkräfte werden fortgesetzt, auch während der Weihnachtstage. Umgekehrt sind durch eine ukrainische Drohne drei Soldaten auf einem russischen Stützpunkt, also in Russland ums Leben gekommen. Dann die Meldung heute Morgen: Kiew will offenbar Friedensverhandlungen unter dem Dach der Vereinten Nationen, die ukrainische Regierung möchte das offenbar bis Ende Februar realisieren, bewerkstelligen. Am Telefon ist nun Jürgen Hardt, außenpolitischer Sprecher der Union im Bundestag. Einen schönen guten Morgen!

Jürgen Hardt: Guten Morgen, Herr Müller!

Müller: Herr Hardt, wie gut ist dieser Vorschlag?

Hardt: Wir haben immer gesagt, dass die Ukraine das erste und das letzte Wort hat im Blick auf Friedensgespräche. Die Ukraine selbst entscheidet, wann und unter welchen Bedingungen sie solche Gespräche anstrebt, und insofern ist der Vorschlag natürlich bei uns mit Wohlwollen aufzunehmen. Allerdings müssen wir über eins klarwerden: Der Krieg kann ja schlagartig beendet werden, wenn Russland seine einseitige Aggression gegenüber der Ukraine aufgibt. Es geht ja nicht darum, dass irgendjemand Russland in seinen Grenzen infrage stellt, sondern es geht darum, dass Russland Teile der Ukraine widerrechtlich besetzt hat und einen Terrorkrieg gegen die Zivilbevölkerung führt. Putin könnte quasi über Nacht entscheiden, das zu beenden, indem er diese Angriffe auf die Ukraine einstellt, indem er die Truppen abzieht von ukrainischem Gebiet, und ich glaube, dass die Ukrainer selbst das als eine der zentralen Voraussetzungen für Friedensverhandlungen mit Russland ansehen werden. Insofern glaube ich nicht, dass wir jetzt schon bald an einem Punkt sind, wo tatsächlich Russland und die Ukraine gemeinsam am Tisch sitzen.

Müller: Sie sagen es, Moskau hat ja dann auch nach der Ventilierung dieses Vorschlages klipp und klar gesagt, wir machen das nicht mit, wir lassen uns von anderen keine Bedingungen diktieren. Dann würde daraus folgen, dass dieser Vorschlag aus Kiew nicht mehr als Kosmetik ist.

Hardt: Ich glaube, dass Kiew schon weiß, dass es völkerrechtlich in der klaren, sicheren Position, dass außerdem Kiew darauf vertrauen darf, dass die eigenen Streitkräfte Russland

nach wie vor empfindlich unter Druck setzen und es keineswegs ausgeschlossen ist, dass die Ukraine auch militärisch Russland von seinem eigenen Territorium verdrängen kann, und dass drittens die westliche Welt hinter der Ukraine steht. Ich glaube, wenn es eine Versammlung auf Gipfebene gäbe, wo man genau diese Position bekräftigt, dann wäre das im Interesse Russlands und vielleicht im Interesse der Ukraine und vielleicht auch ein richtiger Weg. Allerdings glaube ich, dass am Ende des Tages Friedensverhandlungen nur dann einen Sinn machen, wenn Russland das Völkerrecht anerkennt, und das sind eben die Grenzen Russlands und der Ukraine, so wie sie nicht nur vor hundert Jahren gezogen worden sind, sondern wie sie ja auch in vielfältigen Verträgen der 90er-Jahre sowohl zwischen der Sowjetunion als auch zwischen der westlichen Welt – Charta von Paris zum Beispiel –, als auch zwischen der Ukraine und Russland selbst gezogen worden sind damals, als es darum ging, dass die Ukraine ihre Atomwaffen abgab. Also die völkerrechtliche Lage ist eindeutig und die Position des Westens auch, insofern bedarf es einer Bewegung Russlands, den Krieg zu beenden, um tatsächlich in ernsthafte Friedensverhandlungen einzutreten.

Müller: Dazu würde ja auch gehören, dass Wladimir Putin seine Truppen vollständig zurückzieht vom Territorium der Ukraine, einschließlich der Krim. Ist das eine Option, über die sich tatsächlich lohnt überhaupt nachzudenken?

Hardt: Völkerrechtlich ist die Frage der Krim auch eindeutig beantwortet, das ist Territorium der Ukraine nach Völkerrecht und auch aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen zwischen der Ukraine und Russland aus den 90er-Jahren. Das ist auch in der NATO-Russland-Grundakte festgelegt, dass die Grenzen akzeptiert werden. Ich glaube allerdings, dass natürlich ernsthaften Friedensverhandlungen Russlands unter Putin entgegensteht, dass auch in Russland jeder weiß, dass man die russische Verhandlungsposition in Verhandlungen um Frieden deutlich stärken würde, wenn es eben nicht Putin wäre, der die Verhandlungen führt, denn man stelle sich vor, die Ukraine und auch der Westen würden sagen, Putin ist der führende Kriegsverbrecher, mit dem können wir doch jetzt nicht über einen Frieden verhandeln. Und umgekehrt weiß Russland in dem Augenblick, wo Russland selbst sich des Problems Putin entledigt und dann sozusagen jemanden hat, auf den die gesamte Schuld und Verantwortung für diesen Angriffskrieg geschoben werden kann, dann wären natürlich die Verhandlungspositionen Russlands eine andere in Friedensverhandlungen. Und ich glaube, dass weiß Putin auch, und deswegen hat er selbst überhaupt kein Interesse daran, dass es zu ernsthaften Friedensverhandlungen kommt.

Müller: Das heißt, solange Wladimir Putin an der Macht ist, kann es keinen Frieden geben.

Hardt: Ich fürchte, dass das die bittere Wahrheit aus diesem Krieg ist. Ich halte allerdings es durchaus für möglich, dass man auch in Moskau dieses Problem sieht und dass man in dem Augenblick, wo man feststellt, dass man in einer Sackgasse ohne Ausweg sich befindet, dass man dann schon auch die Überlegungen anstellen muss, gibt es vielleicht jemand anderen in Moskau, der an der Stelle Putins und sozusagen als ein Nachfolger Putins in solche Verhandlungen eintreten kann, um die Möglichkeit zu haben, im grünen Tisch sozusagen auf den Status davor zurückzugehen. Die Ukraine hat ja auch gesagt, es kann überhaupt keine Verhandlungen mit Russland geben, wenn nicht die Frage der Verantwortung und der Kriegsverbrechen klar geregelt ist. Und das bedeutet ja nichts anderes, als dass man auch

erwartet, dass Putin dafür bestraft, für das, was er am 24. Februar in der diktatorischen Machtfülle, die er hat, verantwortet hat.

Müller: Herr Hardt, ich möchte das an dieser Stelle sagen, wir waren ursprünglich mit Andrij Melnyk verabredet, Vize-Außenminister der Ukraine, der uns heute Nacht abgesagt hat wegen Krankheit. Sie sind heute Morgen eingesprungen an seiner Stelle. Wir hatten eine Frage notiert, die wir Herrn Melnyk stellen wollten, jetzt frage ich Sie, wenn Sie schon mal dran sind: Greift die Ukraine russisches Territorium mit Drohnen an, was wissen Sie darüber?

Hardt: Ich habe darüber keine Erkenntnisse. Ich beobachte natürlich auch, dass es auch auf russischem Staatsgebiet Explosionen und Ereignisse und Zwischenfälle gibt, die natürlich vielfältige Ursachen haben könnten. Es könnte Sabotage in den eigenen Reihen sein, es könnten Angriffe von Oppositionellen in Russland sein, aber es könnten auch natürlich Gegenmaßnahmen von Ukrainern oder Freunden der Ukrainer sein. Ich glaube, dass das aber gar nicht so entscheidend ist. In dem Augenblick, wo Russland Angriffe auf die ukrainische Zivilbevölkerung mit Drohnen startet, ist es im Übrigen ein legitimes Kriegsziel, wäre es ein legitimes Kriegsziel für die Ukraine, die Basen zu treffen, von denen aus diese Angriffe durchgeführt werden.

Müller: Kiew dementiert das ja nicht, sagt aber auch nicht, dass diese Angriffe von der Ukraine aus gesteuert worden sind. Sie haben das gerade schon interpretiert – ändert das die Situation, wenn es jetzt quasi einen Verteidigungskrieg nach vorne gibt, wenn ich das richtige ausdrücke.

Hardt: Es zeigt zumindest, dass die Ukraine zehn Monate nach diesem brutalen Angriff Russlands nach wie vor nicht nur auf dem eigenen Territorium, sondern vielleicht auch darüber hinaus in der Lage ist, sich militärisch zu wehren. Das ist ja im Übrigen etwas, was wir im Westen so nicht erwartet hatten am 24. Februar und was zu den großen Überraschungen und für mich zu den großen Fragezeichen gegenüber der Arbeit unserer Geheimdienste steht, dass wir nämlich eben eine solch krasse Fehleinschätzung der Leistungsfähigkeit der russischen Streitkräfte hatten. Aber ein Krieg entfaltet eben eine eigene Dynamik, und ich glaube, die Geschlossenheit des ukrainischen Volkes hinter ihrem Präsidenten und hinter der Armee und die Entschlossenheit der Soldatinnen und Soldaten in den ukrainischen Streitkräften ist eben dann doch am Ende des Kriegsentscheidende.

Müller: Wenn das westliche Drohnen wären, die die Ukraine in Richtung Russland startet – drei Soldaten sollen getötet worden sein jetzt in diesen Weihnachtstagen –, ändert das etwas an der Situation? Ist der Westen dann Kriegspartei?

Hardt: Das sind natürlich sehr weit gehende Spekulationen. Wir wissen, dass Drohnen, mit denen man solche starken Schäden anrichten kann, durchaus in vielfältiger Weise beschafft werden können. Wir wissen ja, dass ein Teil der Angriffe auf die Ukraine mit iranischen Drohnen durchgeführt werden, die der Iran sozusagen am Küchentisch zusammenschraubt. Insofern glaube ich, dass es jetzt nicht großer westlicher militärischer Unterstützung bedarf, solche Waffen zur Verfügung zu haben. Aber das ist alles Spekulation, und völkerrechtlich ist es

völlig legitim, einem Volk und einem Land beizuspringen, das sich einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegenüber sieht. Insofern ist alles das, was wir aus dem Kreml hören über die angebliche oder vermeintliche Involvierung der NATO oder Amerikas in diesen Krieg, das ist natürlich alles Drohgebärde und gehört zur Propaganda des Kremls. Die Ukrainer sind im Recht, und wir, die wir sie unterstützen, wir sind auch im Recht, daran lässt das Völkerrecht meines Erachtens überhaupt keinen Zweifel.

Müller: Herr Hardt, noch eine Frage zum Schluss, letzte Frage: Der Besuch von Selenskyj in Washington, des ukrainischen Präsidenten, Patriot-Systeme gibt es aus den USA – sollen die Deutschen ebenfalls Flugabwehrraketen, Patriots liefern?

Hardt: Ich bin nicht darüber informiert, wie viel Systeme wir tatsächlich zur Verfügung haben. Ich habe aber zur Kenntnis genommen, dass wir bereit sind, Polen solche Waffensysteme zu liefern, damit Polen sich eben gegen mögliche Angriffe gut schützen kann. Wenn Polen selbst zu dem Ergebnis käme, dass diese deutschen Patriot-Systeme nicht in Polen stationiert sein müssen, sondern eben auch an die Ukraine gegeben werden können, halte ich es für durchaus angemessen, wenn die deutsche Regierung das erwägt. In dem Augenblick, wo wir unser Versprechen gegenüber Polen nicht brechen, halte ich es für richtig, dass wir der Ukraine alles zur Verfügung stellen, was die Ukraine braucht, um sich vor solchen völkerrechtswidrigen, gegen die Zivilbevölkerung gerichteten Angriffen zu schützen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.